

Eltern gehen auf die Barrikaden

Deputatskürzungen an Schulen »schwerer politischer Fehler«

Zollernalbkreis. Zu den bevorstehenden Deputatskürzungen, bedingt durch die Änderung der Verwaltungsvorschrift zur Arbeitszeit der Lehrer an öffentlichen Schulen, haben die Elternvertreter aus dem Zollernalbkreis Stellung bezogen.

Besonders betroffen sei der gymnasiale Bereich, heißt es in der Stellungnahme. Entlastungsstunden, die für die Organisation und Koordination der Hausaufgabenbetreuung und der Qualifizierung der Hausaufgabenbetreuer benötigt werden, würden vollständig gestrichen. Dabei sei 2008 vom Ministerrat beschlossen worden, alle G8-Gymnasien zu einem Angebot zur Hausaufgabenbetreuung, vorrangig in den Klassenstufen 5 bis 7, zu verpflichten.

Der Anrechnungsfaktor im allgemeinen Entlastungspool werde zudem gekürzt. Das würde bedeuten, die Schulen hätten weniger Möglichkeiten, Exkursionen zu begleiten, die SMV zu betreuen oder Koordination von Programmen wie Jugendbegleiter, Jugend debattiert, Konfliktlotsen oder Schulwegeplanung zu organisieren. Das sei der Entwicklung der Schulen, die zunehmend Erziehungsaufgaben übernehmen müssen, entgegengesetzt.

Die Reduzierung der Stunden für die Ausbildungslehrkräfte bedeute, dass die Schulen in der Betreuung der unerfahrenen Studienanfänger erneut belastet würden.



Die Elternvertreter aus dem Zollernalbkreis haben eine gemeinsame Stellungnahme verfasst. Foto: Bergmann

Diese Kürzungen würden sich zu Ungunsten der Schüler auswirken: Die Schwächeren in diesem System würden den Anforderungen aus eigener Kraft nicht nachkommen können, möglicherweise scheitern und der Gesellschaft zur Last fallen; die Stärkeren würden dagegen nicht genügend an weiterführenden Aufgaben gebunden und durch Langeweile das Schulklima gefährden.

»Dieses Vorgehen interpretieren wir als eine Maßnahme auf dem Rücken der Kinder unserer Gesellschaft, eine Maßnahme zu Lasten der Zukunft«, kritisieren die Elternvertreter. Dass die Kürzungen über eine Verwaltungsvorschrift vorgenommen werden, sei völlig unüblich, »eine trickreiche Umgehung der sonst eingebundenen Gremien«. Das Vorgehen sei einer seriöse arbeitenden Landesregierung nicht angemessen.

Solche Versuche der Haushaltssanierung oder Mittelverlagerungen innerhalb eines

Ressorts zugunsten »bildungs-politischer Prestige- und Wunschprojekte« seien unzulässige und einseitige Einsparungen im Bildungswesen. »Wir werten dies als einen schweren politischen Fehler und widersprechen vehement!«

Die Unterzeichner – der Elternbeirat des Gymnasiums Balingen, der Gesamtelternbeirat Balingen, der Elternbeirat des Gymnasiums Ebingen, der Elternbeirat des Gymnasiums Hechingen, der Gesamtelternbeirat Hechingen, der Elternbeirat des Progymnasiums Rosenfeld, der Gesamtelternbeirat Rosenfeld, der Elternbeirat des Gymnasiums Haigerloch und der Gesamtelternbeirat Haigerloch – fordern die Landesregierung auf, die demokratisch gewählten Elterngremien in konstruktiver Art und Weise in diese Fragen mit einzubeziehen, um notwendige Anpassungen auf den Weg zu bringen und vorerst die geplanten Kürzungen zurückzunehmen.